



Einer von uns
Einer für uns

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Alexander Ulrich MdB

BERLIN INFO für die Woche vom 28.01.-01.02.2019

Übersicht der Themen:

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Gesetzentwurf - Aufenthaltsrecht für Opfer rechter Gewalt

Parteiabschluss zu Venezuela - Dialog statt Spaltung

Antrag - Ausschussöffentlichkeit

Antrag - Dispozinsen deckeln

Pressemitteilung: Wirtschaftspolitik als Wachstumsbremse

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aus Anlass des 74. Jahrestages der Befreiung des deutschen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch Soldaten der Roten Armee fand am Donnerstag eine Gedenkveranstaltung im Bundestag statt. Dieser Tag steht für die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, an die Millionen Kinder und Erwachsenen, die voneinander getrennt, gefoltert und umgebracht wurden. Dieser Tag steht aber auch für ein Versprechen: Niemals wieder werden wir unsere Augen vor Unrecht, sozialer Ausgrenzung, Rassismus, Sexismus und Antisemitismus verschließen!

Gesetzentwurf - Aufenthaltsrecht für Opfer rechter Gewalt - In einem Gesetzentwurf fordert DIE LINKE., wie auch Opferberatungsstellen, ein Bleiberecht für ausländische Opfer rassistischer Gewalttaten. Es geht dabei häufig um Menschen mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus, etwa Asylsuchende. Damit soll den Betroffenen solidarischer Schutz und Sicherheit geboten werden. Den rechten Tätern wird deutlich signalisiert, dass die Gesellschaft rassistische Übergriffe ächtet und sich ihren politischen Zielen entgegenstellt, die Opfer aus dem Land zu vertreiben. Den Gesetzentwurf findet Ihr [hier](#).

Parteiabschluss zu Venezuela - Dialog statt Spaltung - Dass sich die Bundesregierung ausgerechnet an die Seite von Trump und Bolsonaro stellt, angeblich um in Venezuela für Recht und Demokratie zu sorgen, ist nicht nur extrem zynisch, sondern auch gefährlich. Die Anerkennung des selbsternannten Interimspräsidenten durch die USA und andere Regierungen und die Drohung mit militärischen Mitteln stellen einen Bruch des Völkerrechts dar, der unter keinen Umständen akzeptiert werden darf. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich klar gegen diesen Putschversuch zu positionieren. Mehr dazu im [Beschluss](#) unseres Parteivorstandes.

Antrag - Ausschussöffentlichkeit - Am Donnerstag haben wir einen Antrag ins Plenum eingebracht, der eine Änderung der Geschäftsordnung fordert: Das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie lebt von der Transparenz des Parlaments. Daher sollen nach Meinung der LINKEN Ausschüsse des Bundestages grundsätzlich öffentlich tagen und wenn möglich über livestream im Internet übertragen werden. Die Dokumente und Protokolle der

Ausschüsse sollen ebenfalls öffentlich sein. Ausnahmen sind für begründete Geheimhaltungsbedürfnisse vorgesehen. [Hier](#) geht es zu unserem Antrag.

Antrag - Dispozinsen deckeln - Verbraucherinnen und Verbraucher vor Überschuldungsfälle schützen - Dieser Antrag wurde am Freitag beraten. Überhöhte Dispozinsen treffen vor allem Erwerbslose, Alleinerziehende und Niedrigverdiener*innen. Deswegen will DIE LINKE den Zinssatz für Dispo- u. Überziehungskredite auf 5 Prozentpunkte über dem EZB-Leitzinssatz deckeln, Kostenverlagerungen unterbinden und Verbraucherzentralen wie Schuldnerberatungsstellen stärken. Mehr dazu im [Antrag](#).

Pressemitteilung: Wirtschaftspolitik als Wachstumsbremse - Die deutsche Wirtschaftspolitik setzt seit Jahren voll auf den Export und bekommt nun von Donald Trump die Rechnung präsentiert. Weiterer Ungemach droht durch den Brexit und durch die EU-weite made in Germany-Kürzungspolitik. Um auf einen soliden Wachstumskurs zu kommen, braucht es eine Abkehr von der Exportorientierung und eine Stärkung des Binnenmarktes. Mehr dazu in meiner [Pressemitteilung](#) vom Mittwoch.

Ich wünsche Euch ein erholsames Wochenende!

Mit solidarischen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alexander', written in a cursive style.

Euer Alexander